

Protokoll

Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Trittau

| | |
|------------------------|--|
| Sitzungstermin: | Donnerstag, 15.03.2018, 19:30 Uhr |
| Raum, Ort: | Sitzungsraum des Verwaltungsgebäudes, Europaplatz 5, 22946 Trittau |
| Sitzungsbeginn: | 19:30 Uhr |
| Sitzungsende: | 22:07 Uhr |

Anwesenheit

Anwesende:

Vorsitz

Frau Ulrike Lorenzen

Mitglieder

Frau Ute Welter-Agatz

Herr Peter Lange

Herr Jens Hoffmann

Herr Michael Amann

Herr Wolfgang Bortz

Herr Reinhard Burmester

Herr Stephan Burmester

Herr Swen Faustmann

Frau Claudia Ludwig

Herr Max Mann

Herr Harald Martens

Frau Sandra Plehn

Herr Peter Sierau

Herr Christian Winter

Herr Ulf Zingelmann

Verwaltung

Herr Jens Borchers

Protokollführer

Frau Inge Diekmann

Gleichstellungsbeauftragte

Herr Oliver Mesch

Bürgermeister

weitere Anwesende

Frau Gaby Pulst

Europabeauftragte

Abwesende:

Mitglieder

Frau Sabine Paap

Fehlt entschuldigt

Herr Bernd Marzi

Fehlt entschuldigt

Herr Detlef Ziemann

Fehlt entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 14.12.2017
- 4 Bericht des Bürgermeisters
- 5 Bericht der Europabeauftragten
- 6 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- 7 Anfragen und Mitteilungen
 - a) Mitteilungen der Verwaltung
 - b) Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertretung
- 8 Bericht Spenden 2017 und Zustimmung zur Annahme einer Spende in 2018
- 9 Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers
- 10 Neufassung der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse
- 11 Antrag der BGT-Fraktion:
Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen
- 12 37. Änderung des Flächennutzungsplanes
Gebiet: nordöstlich Hamburger Straße, südwestlich Lessingstraße
hier: a) Aufstellungsbeschluss
b) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
- 13 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8
Gebiet: nordöstlich Hamburger Straße, südwestlich Lessingstraße
hier: a) Auswertung der während der öffentlichen Auslegung (August/September 2016) eingegangenen Stellungnahmen
b) Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss einschließlich Umstellung des Verfahrens
- 14 Bebauungsplan Nr. 35B
Gebiet: südlich Großenseer Straße, östlich Bürgerstraße, nördlich Ziegelbergweg
hier: a) Auswertung der während der öffentlichen Auslegung (Januar/Februar 2018) eingegangenen Stellungnahmen
b) Empfehlung Satzungsbeschluss
- 15 Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Erschienenen, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie teilt mit, dass GV Marzi, GV Paap und GV Ziemann entschuldigt fehlen.

BM Mesch beantragt, aufgrund der Beratung im Planungsausschuss am 08.03.2018 die Tagesordnungspunkte 12 und 13 von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 6 |
| Nein-Stimmen: | 7 |
| Stimmenthaltungen: | 3 |

Damit ist der Antrag abgelehnt, die Tagesordnung bleibt unverändert.

2. Einwohnerfragestunde

2.1 (BM) Herr Gajda, Vorsitzender des Seniorenbeirates, weist im Zuge der Barrierefreiheit darauf hin, dass bei der Sparkasse Holstein der Kassenschalter abgeschafft wurde und ältere Mitbürgerinnen und -bürger oftmals nicht mit den Zahlungsautomaten zurechtkommen. Er appelliert an den Bürgermeister und an die Gemeindevertretung, diesbezüglich Druck auf die Sparkasse auszuüben, um einen Kassenschalter wieder einzuführen. Trittau werde auch in Hinblick auf die bereits abgeschafften Servicestellen der AOK zur „Servicewüste“. BM Mesch sichert zu, sich der Sache anzunehmen. Er sei froh, dass sich im Ort überhaupt noch die Filiale befände. Herr Vogel, stellv. Seniorenbeiratsvorsitzender, ergänzt, dass sich im entsprechenden Raum der Sparkasse 7 Automaten befänden. Dieses sei gefährlich. Zur Vorbeugung gegen Kriminalität sollte eine Verlagerung in der Räume der Sparkasse stattfinden, in denen Platz genug sei.

2.2 (GB) Ein Einwohner fragt an, ob die Gleichstellungsbeauftragte eine Stellungnahme zum B-Plan 35 B abgegeben habe. BM Mesch erläutert, dass dieses nicht der Fall sei. Die Gleichstellungsbeauftragte könne Stellung nehmen, müsse aber nicht, da dieses keine Verfahrensvorgabe sei.

2.3 (GB) Ein Einwohner fragt an, ob es in der Gemeinde Trittau einen Frauenförderplan gemäß § 11 GStG gibt. BM Mesch berichtet, dass es keinen aktuellen gibt, dieser aber erarbeitet werde.

3. Einwendungen gegen das Protokoll der Sitzung vom 14.12.2017

(VZ)

Einwendungen gegen das Protokoll vom 14.12.2017 werden nicht erhoben.

4. Bericht des Bürgermeisters

(FD 3/2, FB 4)

BM Mesch berichtet wie folgt:

Einigung zwischen Land und kommunalen Landesverbänden über finanzielles Maßnahmenpaket

Die Landesregierung und die kommunalen Landesverbände haben sich am 15. Januar auf ein Paket zur Klärung insbesondere finanzieller Fragen geeinigt. Schwerpunkte dieses Paketes sind die Kita-Finanzierung, eine bessere Finanzierung der kommunalen Infrastruktur und die Klärung von Fragen des Konnexitätsprinzips gemäß Artikel 57 Absatz 2 der Landesverfassung.

Kita-Finanzierung

Die Landeszuschüsse für den „Ü3-Bereich“ (§ 4 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 in Verbindung mit § 18 FAG) steigen bereits für das Jahr 2018 von bisher 80 Mio. € auf 95 Mio. € an. In 2019 wird es einen weiteren Anstieg auf 100 Mio. € geben. In den Jahren 2011 bis 2016 war dieser Zuschussbetrag auf 70 Mio. € gedeckelt. Der Landeszuschuss zur Abgeltung des Konnexitätsprinzips beim Krippenausbau steigt von 50,4 Mio. € (2017) auf 80 Mio. € in 2018 und auf 95 Mio. € in 2019 an. Insgesamt liegen damit die Landeszuschüsse für Kinderbetreuung im Jahr 2018 um rund 45 Mio. € höher als 2017 und steigen in 2019 um weitere 20 Mio. € an.

Infrastruktur

Der Bund gibt ab 2018 jedes Jahr eine Summe von rund 34 Mio. € nach Schleswig-Holstein. Ein Anteil von bis zu 4 Mio. € pro Jahr wird für projekt- oder themenbezogene Förderung für Maßnahmen von herausgehobener Bedeutung reserviert. Aus diesen Mitteln wird insbesondere in den Jahren 2019 und 2020 ein Sonderprogramm „Feuerwehrgerätehäuser“ in Höhe von insgesamt 6 Mio. € nur für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufgelegt. Der verbleibende Anteil der Bundesmittel in Höhe von 30 Mio. € wird vom Land in den Jahren 2018 bis 2020 um jeweils 15 Mio. € aufgestockt. Dies ist zusätzliches Geld des Landes, das der Stärkung kommunaler Infrastruktur dient. Weitere Vorgaben für die Verwendung dieser Mittel werden den Kommunen nicht gemacht. Der Gesamtbetrag von jeweils 45 Mio. € in den Jahren 2018 bis 2020 wird nach einem bestimmten Schlüssel auf alle Kreise, Städte und Gemeinden verteilt. Dieser Schlüssel basiert auf einem Kompromiss zwischen den kommunalen Landesverbänden. Im Ergebnis erhält jede Gemeinde auf diese Weise einen bestimmten Betrag, der in den Jahren 2018 bis 2020 planbar ist.

Wahrung des Konnexitätsprinzips gemäß Artikel 57 Abs. 2 der Landesverfassung

Bei G8/G9 und beim neu eingeführten Standard der Vollzeitbeschäftigung bei hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ist durch das Land die Konnexität anerkannt worden.

Aktion Sauberes Trittau

Die Aktion wurde witterungsbedingt verschoben auf den 24.3.2018.

Stand der (Straßen)Baumaßnahmen

Feuerwehrezufahrt und Erschließung Blaues Haus 2.0

Die Restarbeiten (Zaunanlage, Wiederherstellung Platz) stehen witterungsbedingt noch aus.

Ausbau Kieler Straße

Die Arbeiten wurden witterungsbedingt noch nicht wieder aufgenommen; Aussage des LBV: Fertigstellung zum 1. Juni.

Campestraße

Der Ausbau ist soweit fertig, auch Parkplatz Ecke Amtsweg; eine Teilabnahme hat am 19.12. stattgefunden; es bestehen Lieferschwierigkeiten der Herstellerfirma für die noch fehlende Leuchte Ecke Schulstraße.

Hierzu merkt GV Sierau an, dass die Leuchte bereits aufgestellt wurde.

Maßnahmen in Planung:

Ausbau Großenseer Str.

Die Ausbauplanungen wurden im BUA beschlossen, eine weitere Vorstellung erfolgt im BUA am 22.03. Weitere Abstimmungsgespräche mit und zwischen LBV, ZV, den Vorhabenträgern sowie Gesprächsrunden mit Gewerbetreibenden und Anwohnern haben stattgefunden. Ebenfalls im Vorgriff auf die Maßnahme Bau des Kreisels wurden Bäume gefällt. Der Beginn der Baumaßnahme wg. des Umleitungsverkehrs ist abhängig von Fertigstellung Kieler Straße.

Ausbau Herrenruhmweg

Zur Zeit Abstimmung der Ausführungsplanung; im Vorgriff der Maßnahme und nach Beschluss des BUA Fällung der Kastanien. Von den 7 Kastanien im Herrenruhmweg waren drei durch Krankheiten und eine wegen einer herzustellenden Zufahrt abgängig, als Ersatzpflanzung sind Hainbuchen vorgesehen.

Sanierung Wassermühle

Witterungsbedingt konnten restliche Malerarbeiten noch nicht durchgeführt werden.

VSG/weiterer Fortgang Breitbandausbau in Trittau

Die VSG wird vertrieblich den 2. BA in Trittau nach den Sommerferien bearbeiten und dazu alle Anwohner zu einem Infoabend einladen und danach zu Beratungsnachmittagen für die Vertragsabgabe. Im Restbereich von Trittau Nord hat sich nach Auskunft der VSG im weiteren Fortgang leider nichts mehr getan.

Kitas in Trittau

Bei gemeindeeigenen Kitas und Kitas der Fremdträger gibt es weiterhin eine angespannte Personalsituation; der Fachkräftemangel schlägt durch.

Tagung der Leitenden Verwaltungsbeamten des Landes in Sankelmark vom 21.-23. Februar

Teilnahme des BM, Oberthema "Digitalisierung 4.0".

Jahreshauptversammlung Senioren Bürgerhaus am 24. Februar

Es fanden Vorstandswahlen statt. Nach jahrelanger Tätigkeit sind Irmgard Wellman und Hildegard Ludwig nicht mehr im Vorstand; erneut gewählt wurden Frau Andresen, Frau Grütznier sowie Herr Koepke.

Weiteres Arbeitsgespräch Citymanager

- hat am 1. März stattgefunden.

Neuer Bürgerbrief

- erscheint am 21./22.03.

Kommunalwahl am 6. Mai

Die Frist zur Einreichung Wahlvorschläge lief bis zum 12.03., die Sitzung des Wahlausschusses für die Gemeinde- und Kreiswahlen mit Entscheidung über die Zulassung zur Wahl ist morgen am 16.03.; danach Bekanntmachung der zur Wahl zugelassenen Parteien und Wählergemeinschaften.

Firmenschießen des Schützenvereins Trittau 17.-19.04.

Anregung: Gemeinsame Mannschaft der Gemeindevertretung?

5 . Bericht der Europabeauftragten

(EU-Beauftragte)

Frau Pulst berichtet über die stattgefundenen und in nächster Zeit noch stattfindenden Begegnungen und Termine hinsichtlich der europäischen Verschwisterungen. Der Bericht ist den Protokollkopien und dem Originalprotokoll beigefügt.

6 . Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

(GB)

Frau Diekmann erhält das Wort und trägt ihren Bericht vor, der dem Originalprotokoll und den Protokollkopien beigelegt ist. Sie beantwortet Fragen zum Bericht. Es schließt sich eine Diskussion über einzelne gleichstellungsrelevante Fragen an.

7 . Anfragen und Mitteilungen

a) Mitteilungen der Verwaltung

b) Anfragen und Mitteilungen der Gemeindevertretung

a) BM Mesch trägt den Stand der Beschlüsse vor. Eine entsprechende Übersicht ist dem Originalprotokoll und den Protokollkopien beigelegt.

b) (1) GV Sierau berichtet, dass nach seiner Meinung in der Tat Seniorinnen und Senioren durch die Abschaffung des Kassenschalters bei der Sparkasse Holstein benachteiligt sind, der Sache müsse unbedingt nachgegangen werden.

b) (2) (4/304) GV Sierau berichtet, dass nach seiner Feststellung der Winterdienst durch private Firmen nicht optimal gelaufen ist, z. B. wurden Hauseingänge vollgeschoben. Der BUA sollte sich der Sache annehmen. BM Mesch bittet um sofortige Meldung an die Verwaltung nach Feststellung eines Problems, damit dem nachgegangen werden kann.

b) (3) (2/200) GV Sierau fragt an, welche Beobachtungen hinsichtlich der Parksituation in der Lütjenseer Straße zwischenzeitlich gemacht wurden. BM Mesch erläutert, dass nach Beobachtungen der Verwaltung zusammen mit der Polizei die Parksituation differenziert zu betrachten ist. Im Einmündungsbereich von der Bahnhofstraße in die Lütjenseer Straße kommt es zu Engpässen bei ein- und ausfahrenden Bussen. Hier wird ein partielles Park- und Halteverbot beantragt. In der Lütjenseer Straße habe man beobachtet und Polizei und Verkehrsbetriebe angefragt, die allerdings keine negativen Rückmeldungen gegeben haben. Zur Zeit kommt allerdings erschwerend hinzu, die Neue Lübecker dort Wohnblocks saniere, so dass derzeit noch mehr Fahrzeuge auf der Straße parkten als sonst.

b) (4) (4/301) GV Amann weist auf ein großes Loch in der Asphalt-Decke der Kirchenstraße im Bereich Alter Markt hin. Fotos sind gemacht worden, die der Verwaltung übersendet werden. Ein weiteres großes und tiefes Loch befindet sich an der Großenseer Straße vor der Tankstelle. Die Schäden seien auch unter versicherungsrechtlichen Aspekten nicht hinnehmbar. BM Mesch erläutert, dass die geschilderten Bereiche in die Zuständigkeit der Straßenmeisterei fallen, jedoch Schadensmeldungen weitergegeben würden. Er bittet, derartige Schäden sofort zu melden.

b) (5) (4/301) GV Amann weist auf lose verlegte Pflasterungen nach Aufgrabungen in der Lütjenseer Straße hin. Es bestehe Unfallgefahr. BM Mesch berichtet, dass nach Fertigstellung der Aufgrabungsarbeiten eine Entabnahme stattfinden werde. GV S. Burmester fragt in diesem Zusammenhang an, ob der Abnahmetermin nicht öffentlich bekanntgegeben werden könne. BM Mesch verneint dieses, an der Abnahme nehmen der Bauleiter der VSG und die Verwaltung teil.

b) (6) (4/305) GV Martens weist auf die falsch gesteuerte Straßenbeleuchtung im Billethal hin. Um Weihnachten brannte die Beleuchtung 14 Tage durch, jetzt täglich von 15.00 Uhr bis 9.00 Uhr. BM Mesch dankt für den Hinweis.

b) (7) (2/200) GV Welter-Agatz weist auf die unerträgliche Hol- und Bringesituation im Bereich des Rondells und der Straße Im Raum vor den Schulen hin und bittet BM Mesch um entsprechende Hinweise im nächsten Bürgerbrief. BM Mesch sagt dieses für den übernächsten Bürgerbrief zu, da der nächste bereits im Druck sei. In diesem Zusammenhang weist GV

Plehn auf die ebenfalls prekäre Parksituation vor dem Fitnessstudio an der Großenseer Straße hin. BM Mesch sagt, er könne sich gut vorstellen, dass nach der Vergrößerung des Kiss+Ride-Parkplatzes an der Großenseer Straße die Straße im Raum ganz für den Schulverkehr geschlossen werde. GV Sierau erläutert, dass die von GV Welter-Agatz geschilderten Schwierigkeiten durch Sperrung des Rondells auf die Straße im Raum verschoben wird. GV Winter hält den Stoßverkehr, der sich nach seiner Beobachtung als direktem Anwohner der Straße nur auf jeweils 5 – 10 Minuten beschränkt, für hinnehmbar.

b) (8) GV Hoffmann erläutert die Notwendigkeiten der Baumfällarbeiten im Herrnhutweg, in der Großenseer Straße und am Schützenplatz. Es sind jeweils entsprechende Ersatzpflanzungen vorgesehen.

8 . Bericht Spenden 2017 und Zustimmung zur Annahme einer Spende in 2018 **Vorlage: 2018/09/187**

(1/100, 4/100, 3/200)

Die Vorsitzende trägt den Sachverhalt kurz vor. Sie dankt der Spenderin bezüglich der großen Geldspende für das Freibad und bekundet Ihre Anteilnahme, da diese aufgrund eines Sterbefalls erfolgte. Auf Nachfrage von GV Winter erläutert BM Mesch, dass über die Verwendung der Spende im SSK oder BUA beraten und beschlossen werden soll.

Beschluss:

1. Für die Annahme der in 2018 eingegangene Spende aus dem Nachlass von Frau Angelika Lorenz in Höhe von 10.000,00 € für das Freibad erteilt die Gemeindevertretung ihre Zustimmung.
2. Der Bericht des Bürgermeisters über die im Jahr 2017 an die Gemeinde Trittau geleisteten Spenden, die über 50,00 € hinausgehen, wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | - |

9 . Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers **Vorlage: 2018/09/182**

(1/100)

BM Mesch erläutert kurz den Sachverhalt und begrüßt Herrn Ewers. Er dankt ihm im Namen der Gemeinde dafür, dass er dieses zeitintensive Ehrenamt übernimmt. Die Vereidigung findet auf der morgigen Mitgliederversammlung der FF Trittau statt.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Trittau stimmt der Wahl von Brandmeister Sven Evers zum stellvertretenden Gemeindeführer der Freiwilligen Feuerwehr zu

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | - |

10 . Neufassung der Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung und ihrer Ausschüsse

Vorlage: 2018/09/183

(1/100)

BM Mesch weist auf noch vorzunehmende redaktionelle Änderungen im Inhaltsverzeichnis unter Abschnitt III und zu § 17 hin. Der Begriff „Beschlussunfähigkeit“ ist jeweils durch das Wort „Beschlussfähigkeit“ zu ersetzen.

Herr Borchers weist darauf hin, dass in § 4 Abs. 2 der Fassung ab 01.09.2018 das Wort „schriftliche“ ggf. durch „elektronische“ ersetzt werden sollte, da es ohnehin keine schriftliche Einladungen mehr gebe. Nach Aussprache einigen sich die Anwesenden darauf, dass das Wort „schriftliche“ ersatzlos zu streichen ist.

Beschluss:

Aufgrund der Empfehlung des Hauptausschusses vom 13.02.2018 beschließt die Gemeindevertretung Trittau die Neufassung der Geschäftsordnung, wie sie sich aus der Anlage zum Original des Protokolls ergibt, mit oben genannten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | - |

11 . Antrag der BGT-Fraktion: Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen

Vorlage: 2018/09/184

(1/210)

GV Amann erläutert den Antrag der BGT-Fraktion, der bereits für die Sitzung der Gemeindevertretung am 14.12.2017 vorgesehen, aber gemäß seinerzeitigem Beschluss auf dieser nicht behandelt wurde. Eine Behandlung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss konnte aufgrund Abstimmungsschwierigkeiten zwischen Vorsitzenden und Bürgermeister bezüglich der Tagesordnung nicht stattfinden. Es ergibt sich eine längere Aussprache zum Thema.

GV Winter beantragt:

In Ziff. 3 des Beschlussvorschlages der Verwaltung soll es in Satz 2 heißen: Die Verwaltung wird aufgefordert, rechtzeitig auf einzuhaltende Fristen hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
|------------------------------------|----|

| | |
|--------------------|----|
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 6 |
| Nein-Stimmen: | 7 |
| Stimmenthaltungen: | 3 |

Damit ist der Antrag abgelehnt.

GV Hoffmann beantragt:

Unter Ziff. 3 Satz 1 ist vor dem Wort „abgeschlossene“ das Wort „nicht“ zu setzen.

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | - |

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

1. Der Antrag der BGT-Fraktion sowie der hierzu ergangene Antrag der SPD-Fraktion werden zunächst zur weiteren Beratung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss verwiesen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die jeweilige Umsetzbarkeit der Vorschläge beider Anträge zu prüfen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
3. Bis zur endgültigen Entscheidung über den Antrag der BGT-Fraktion und der SPD-Fraktion bzw. der hierzu erarbeiteten Lösungsvorschläge durch die Gemeindevertretung ist die Festsetzung von Straßenbaubeiträgen für nicht abgeschlossene Maßnahmen auszusetzen. Die Verwaltung wird gebeten, rechtzeitig auf einzuhaltende Fristen hinzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 16 |
| Ja-Stimmen: | 16 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | - |

12 . 37. Änderung des Flächennutzungsplanes

Gebiet: nordöstlich Hamburger Straße, südwestlich Lessingstraße

hier: a) Aufstellungsbeschluss

b) Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

(4/101)

GV R. Burmester und GV Ludwig verlassen wegen Befangenheit den Sitzungsraum.

GV Amann trägt als stellvertretender Vorsitzender des Planungsausschusses den Sachverhalt vor, wie er sich aus der Beratung im Planungsausschuss ergeben hat und fasst dabei die Ausführungen für TOP 12 und 13 zusammen. BM Mesch erläutert, dass zu den TOP 12 und 13 keine Sitzungsvorlagen versandt wurden, da der Planungsausschuss einstimmig die Angelegenheit bis zur kommenden Planungsausschusssitzung vertagt hat und somit keine Beschlussempfehlung vorliegt. Er weist darauf hin, dass eine Vertagung keinerlei Zeitverzögerung im Verfahren bedeutet. Er rät dringend von einem Beschluss in der Sache ab. Ohne

Vorlagen und Präsentation auch für die Öffentlichkeit sei die rechtliche Bestandskraft etwaiger Beschlüsse zu überprüfen, auch planungsrechtlich.

GV Hoffmann stellt die jeweils unten unter „Beschluss“ aufgeführten Anträge zu TOP 12 und 13. Er erläutert, dass er sich vor der Sitzung in der Verwaltung rückversichert habe, dass bei TOP 12 die Punkte a) und b) zusammen beschlossen werden können.

Es ergibt sich eine heftige Aussprache.

GV Amann beantragt die Unterbrechung der Sitzung. Die Vorsitzende lässt die Sitzung in der Zeit von 21.25 Uhr bis 21.35 Uhr unterbrechen. Nach der Unterbrechung wird über die Anträge abgestimmt.

GV Hoffmann beantragt:

Beschluss:

Parallel zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 soll ein Flächennutzungsplan aufgestellt werden. Er umfasst den Geltungsbereich der 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8, sowie die Erweiterung um die Flächen der Varianten 3 und 3A für einen Standort einer Kindertagesstätte. Die Kindertagesstätte soll durch ein schwimmendes Feld gekennzeichnet sein.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 8 |
| Nein-Stimmen: | 5 |
| Stimmenthaltungen: | 1 |

Damit ist der Antrag angenommen.

GV R. Burmester und GV Ludwig bleiben aufgrund der Abstimmung zu TOP 13 weiterhin der Sitzung fern.

Gemäß § 22 GO waren folgende Mitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

GV R. Burmester, GV Ludwig

13 . 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 8 **Gebiet: nordöstlich Hamburger Straße, südwestlich Lessingstraße** **hier: a) Auswertung der während der öffentlichen Auslegung (August/September 2016) eingegangenen Stellungnahmen** **b) Erneuter Entwurfs- und Auslegungsbeschluss einschließlich Umstellung des Verfahrens**

(4/101) Bezüglich der Beratung siehe unter TOP 12. GV R. Burmester und GV Ludwig bleiben aufgrund der Abstimmung zu TOP 13 weiterhin der Sitzung fern.

GV Hoffmann beantragt:

Beschluss:

a) Das normale Planverfahren wird vom beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB auf das „normale“ Verfahren umgestellt. Der Geltungsbereich wird um die notwendigen Flächen der Standortvarianten 3 und 3A erweitert. Die bisher eingegangenen Stellungnahmen wer-

den im Zuge des normalen Verfahrens abgewogen. Gleichzeitig wird ein Flächennutzungsplan aufgestellt (siehe Top12) und das entsprechend Planverfahren eingeleitet.

b) Die Entwürfe des Planes und die Begründung sind nach §4 a Abs.3 BauGB erneut öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange sowie Naturschutzverbände von der Auslegung zu benachrichtigen.

c) Die Standortvarianten 1 und 2 für einen Kitastandort werden nicht weiter verfolgt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 14 |
| Ja-Stimmen: | 8 |
| Nein-Stimmen: | 5 |
| Stimmenthaltungen: | 1 |

Damit ist der Antrag angenommen.

Gemäß § 22 GO waren folgende Mitglieder von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; sie waren weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

GV R. Burmester, GV Ludwig

GV R. Burmester und GV Ludwig betreten den Sitzungsraum. Die Vorsitzende gibt die Abstimmungsergebnisse zu TOP 12 und TOP 13 bekannt.

14 . Bebauungsplan Nr. 35B

Gebiet: südlich Großenseer Straße, östlich Bürgerstraße, nördlich Ziegelbergweg

hier: a) Auswertung der während der öffentlichen Auslegung (Januar/Februar 2018) eingegangenen Stellungnahmen

b) Empfehlung Satzungsbeschluss

Vorlage: 2018/09/177

(4/101)

GV Faustmann verlässt wegen Befangenheit den Sitzungsraum. GV Amann stellt als stellvertretender Vorsitzender des Planungsausschusses den Sachverhalt vor, wie er sich auch aus der Sitzungsvorlage ergibt. Es schließt sich eine Aussprache an.

GV Sierau beantragt:

Eine Teilfläche für die Kita ist als C zu bezeichnen, herauszunehmen und in die Planung aufzunehmen, um zeitnah eine Kita mit der Realisierung des Teiles A zu ermöglichen.

BM Mesch erläutert, dass die Fläche vor 2019 nicht zur Verfügung steht und rät dazu, es beim vorgeschlagenen Beschluss zu belassen. Nach weiterer längerer Diskussion wird über den Antrag von GV Sierau abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 15 |
| Ja-Stimmen: | 4 |
| Nein-Stimmen: | 8 |
| Stimmenthaltungen: | 3 |

Damit ist der Antrag von GV Sierau abgelehnt.

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung (Januar/Februar 2018) des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 35B für das Gebiet südlich Großenseer Straße, östlich Bürgerstraße, nördlich Ziegelbergweg vorgebrachten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, der Naturschutzverbände, Nachbargemeinden und privaten Personen hat die Gemeindevertretung mit dem in der als Anlage zu TOP 14 dieser Sitzungsniederschrift beschriebenen Ergebnis (Auswertung des Büros Architektur+Stadtplanung, Hamburg) geprüft.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, Naturschutzverbände, Nachbargemeinden und privaten Personen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Zur Klarstellung erklärt die Gemeinde, dass nach wie vor die Absicht besteht, den gesamten Plan (Geltungsbereich A und B) umzusetzen. Insofern beziehen sich die Inhalte des Planes sowie die Begründung weiterhin auf das Gesamtplangebiet.
3. Die Entwürfe des Bebauungsplanes Nr. 35B und der Begründung werden in den vorliegenden Fassungen mit folgenden Änderungen gebilligt:
 - Einarbeitung der Abwägungsergebnisse der zur Beteiligung nach § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen gemäß Ziffer 1.
 - Redaktionelle Änderungen in der Begründung und im Umweltbericht
4. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Gemeindevertretung den Bebauungsplan Nr. 35B - Teilgebiet A - für das Gebiet südlich Großenseer Straße, östlich Bürgerstraße, nördlich Ziegelbergweg, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
5. Die Begründung wird gebilligt.
6. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden einzusehen ist, und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse www.trittau.de eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|------------------------------------|----|
| Anzahl der gesetzlichen Vertreter: | 19 |
| davon anwesend: | 15 |
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | 2 |

Gemäß § 22 GO war folgendes Mitglied von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen; es war weder bei der Beratung noch bei der Abstimmung anwesend:

GV Faustmann

GV Faustmann betritt den Sitzungsraum, die Vorsitzende gibt ihm das Abstimmungsergebnis bekannt.

15 . Einwohnerfragestunde (nur zu vorangegangenen Tagesordnungspunkten)

15.1 Herr Vogel als stellvertretender Vorsitzender des Seniorenbeirates fragt unter Verweis auf die beschlossene neue Geschäftsordnung der Gemeindevertretung, die auf der Grundlage der Gemeindeordnung aufgestellt wurde, ob nicht der Seniorenbeirat ein Rederecht habe und weshalb ihm nicht das Wort in der Sitzung erteilt wurde.

15.2 Herr Vogel als stellvertretender Vorsitzender des Seniorenbeirates fragt an, weshalb die in der Geschäftsordnung in § 3 festgeschriebene maximale Redezeit oftmals überschritten wird. Die Vorsitzende erläutert, dass Fraktionsvorsitzende eine unbeschränkte Redezeit haben. Herr Vogel schlägt eine Begrenzung vor.

15.3 Ein Einwohner fragt an, weshalb bezüglich des B-Planes 35 B nur die zusätzlich benötigten Kita-Plätze und nicht auch die zusätzlich benötigten Schulplätze berücksichtigt werden. BM Mesch erläutert, dass zusätzliche Kita-Plätze einfacher zu berechnen seien, da Schulplätze sich auf alle vorhandenen Schulen beziehen.

Vorsitzende/r

Protokollführer/in